

Stellungnahme zur Regionsdebatte

Für ein solidarisches Miteinander in der Region

Die aktuelle Regionsdebatte zeigt, dass der Gedanke einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit von vielen politischen und gesellschaftlichen Akteuren geteilt wird. Die Ansichten darüber, welche Wege dafür die richtigen sind, sind jedoch sehr unterschiedlich. Die aktuelle Diskussion wird ausschließlich aus der Perspektive der kreisfreien Städte geführt. Sie folgt dem Ansatz ökonomischer Konzentration und hat dabei den Ausbau städtischer Zentren im Blick - Stichwort „Metropolstrategie“. Solche Dominanzstrategien lehnen alle im Kreistag vertretenen Parteien und die Verwaltungsspitze des Landkreises Wolfenbüttel entschieden ab.

Unsere Region braucht gleichberechtigte Chancen und Entwicklungsbedingungen in allen ihren Teilen. Gerade angesichts des demografischen Wandels ist es wichtig, die Potenziale im ländlichen Raum gezielt zu entwickeln und zu fördern. Das gilt für wirtschaftliche Entwicklung und ebenso für kommunale Infrastrukturen, wie Breitband, Verkehr, Bildung oder Gesundheitsversorgung. Ziel muss es sein, in allen Gebieten attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und zu erhalten. Jedoch nicht zu Lasten der ländlichen Gebiete, sondern in einem solidarischen Miteinander in der Region. Allen Menschen muss eine realistische Perspektive geboten werden, ganz gleich in welchem Teil der Region sie leben.

Der Landkreis Wolfenbüttel wird sich konstruktiv an solchen Entwicklungsprozessen beteiligen. Kontraproduktiv ist es, wenn immer neue Modelle auf den Markt geworfen werden. Die Art und Weise, wie dabei über Köpfe und Verantwortlichkeiten hinweg agiert wird, ist inakzeptabel und widerspricht dem Recht auf kommunale Selbstverwaltung. Über ihre Zukunft entscheiden die Räte und Kreistage selbst! Zuvor haben die Bürgerinnen und Bürger das Wort.

Dabei gilt: Alle Gemeinden und Samtgemeinden sind uns wichtig. Es gibt keine Gemeinden erster und zweiter Klasse. Der Zusammenhalt des Landkreises Wolfenbüttel steht nicht in Frage. Unser Fundament ist solide: Schuldenstand, Arbeitslosen- und Soziallastenquote sind vergleichsweise niedrig, Teilhabe gemessen an der Wahlbeteiligung hoch. Die zentrale Herausforderung der nächsten Jahre ist der demografische Wandel. Damit untrennbar verbunden sind wirtschaftliche Entwicklung, Erreichbarkeit und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Wir wollen den ländlichen Raum zum Vorreiter machen: Für eine nachhaltige Entwicklung mit hoher Lebensqualität.

Fortschrittliche und soziale Politik für den Landkreis Wolfenbüttel begreift diese Aufgabe als Verpflichtung und Chance, den Wandel aktiv zu gestalten. Gebietsveränderungen sind dabei allenfalls Teil der Lösung. Vorrangig geht es darum, die Zusammenarbeit von Gemeinden, Städten und Landkreisen zu intensivieren. Unter der Maxime „Dezentrales Handeln und regionale Koordination“ sollte es darum gehen, wie sich die Stadt-Umland-Beziehungen zum

Nutzen der hier lebenden Menschen auf das Bestmögliche ergänzen. Daran wollen wir mit aller Kraft arbeiten.

Überlegungen zu Gebietsreformen sind auf jeden Fall daran zu messen, ob sie Vorteile für alle Beteiligten bieten: für den Landkreis, die möglichen Fusionspartner und vor allem für die betroffenen Menschen. Kreistagsabgeordnete, Samtgemeindebürgermeisterinnen und –bürgermeister, Landrätin und Verwaltungsleitung werden sich im Rahmen einer Klausurtagung im April mit den Perspektiven für den Landkreis Wolfenbüttel beschäftigen.